



Bürgerallianz empört über Äußerungen des Innenministers

Mehr als 24 000 Unterschriften lieferte die Initiative Volksbegehren im August im Innenministerium ab. Foto: Peter Michaelis

Die klaren Worte, die Innenminister Jörg Geibert für das Volksbegehren über kommunale Abgaben in Thüringen fand, stoßen bei den Initiatoren sauer auf. Im Interview mit dieser Zeitung hatte Geibert die Verfassungsmäßigkeit des Volksbegehrens in Frage gestellt. Erfurt. Die Begründung des CDU-Politikers: Allein schon die geforderte Infrastrukturabgabe sei eine neue Steuer. Und er bezweifle, ob das Land überhaupt neue Steuern erlassen dürfe. Außerdem sieht er in der Initiative einen Eingriff in das Haushaltsrecht des Landes. Für Jörg Geibert steht die juristische Beurteilung des Volksbegehrens fest, über die die Landesregierung demnächst offiziell entscheiden muss.

Peter Hammen, der Landesvorsitzende der Bürgerallianz und Vertrauensperson des Volksbegehrens, vermag nicht nachzuvollziehen, warum Geibert sich in diesem frühen Stadium des Volksbegehrens schon so stark festgelegt hat. "Wir verurteilen diese Einmischung in ein laufendes Verfahren. Von der Einhaltung demokratischer Spielregeln scheint dieser Innenminister nichts zu halten", sagte Hammen dieser Zeitung.

Er appellierte an die Landtagspräsidentin, sich von den Äußerungen und Einschätzungen Geiberts nicht beeindrucken zu lassen. Derzeit werden im Innenministerium die 24 000 Unterschriften geprüft, die das Volksbegehren für seine Zulassung zusammen bekam. Notwendig wären 5000 gewesen. Nach dieser Prüfung muss Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) die Zulässigkeit des Volksbegehrens prüfen, danach ist die Landesregierung mit einer Beurteilung der Initiative am Zuge. Ob Geibert sich mit seiner Einschätzung durchsetzen kann, ist offen. Aber der Innenminister dürfte als federführendes Ressort in dieser Angelegenheit schon eine starke Stimme im Kabinett haben. Wenn die Landesregierung das Ganze als verfassungswidrig einstuft und damit ablehnt, steht der Regierung immer noch der Gang zum Verfassungsgericht nach Weimar offen.

Von einer Missachtung der demokratischen Spielregeln spricht im Zusammenhang mit der Geibert-Äußerung auch die Linkspartei. Das verstoße gegen demokratische Gepflogenheiten und sei eine Einmischung in ein laufendes Verfahren", erklärte der Justizpolitiker der Linken, Ralf Hauboldt. Außerdem sei derzeit die Landtagspräsidentin die Herrin des Verfahrens und nicht die Regierung oder der Innenminister, so Hauboldt. "Das Gewaltenteilungsprinzip verbietet eine Einmischung seitens der Landesregierung als Exekutive." Die Äußerungen des Ministers im Interview mit dieser Zeitung seien eine "skandalöse Beeinflussung."

Hauboldt forderte Landtagspräsidentin Birgit Diezel auf, sich gegen die Einmischung des Innenministers zu verwahren. Bisher habe sich die Landesregierung aus laufenden Prüfverfahren heraus gehalten. Die Regierung könne nach Zulassung des Volksbegehrens beim Thüringer Verfassungsgerichtshof klagen, wenn sie meine, dass das Volksbegehren gegen höherrangiges Recht verstoße.

Für Hammen ist nicht das Volksbegehren verfassungswidrig, sondern die weitere Anwendung von Zwangsbeiträgen bei Abwasser und Straßenausbau im Freistaat. Er schlägt vor, dass der Innenminister Vertreter der Bürgerinitiativen in seine "Task Force" berufe, die Städte und Gemeinden beraten soll. "Wir sind zur Mitarbeit bereit, um endlich die Ungerechtigkeit zu beseitigen."